

bild, das progressiven Veränderungen entgegensteht und vermeintlichen »Schutz« bietet.

Die in diesem Beitrag skizzierten Baustellen, die Geschlechtergerechtigkeit aktuell verhindern, gehen mit starken Verunsicherungstendenzen einher. So führt die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel nicht dazu, dass sich die Arbeitswelt weiterentwickelt, sondern dazu, dass diese »private Organisationsfrage« in Beziehungen ausgehandelt wird und häufig zu typischen Rollenmustern führt. Hinzu kommen ökonomische Krisen, die eine Ungleichheit in der Gesellschaft noch verstärken und im schlimmsten Fall rechtspopulistische Politik befördern.

Zentrales Ziel einer modernen Gesellschaft ist und bleibt Geschlechtergerechtigkeit. Dass sich diese nicht von selbst entwickelt, ist offensichtlich. Es bedarf eines starken Willens in der demokratischen Gesellschaft, einer progressiven Politik und der Zusammenarbeit von zentralen Akteur_innen. Die Debatte um »Partnerschaftlichkeit« und die Konzentration auf (Arbeits-)Zeitpolitik sind hierfür gute Instrumente, die an neuralgischen Punkten ansetzen und die es weiterzuerfolgen gilt. Stichworte sind hier die immer wieder angeklungenen Konzepte von Familien- und Wahlarbeitszeit. Um Verteilungskämpfe zwischen den Geschlechtern und deren Instrumentalisierung durch rechtspopulistische Politik entgegenzutreten, bedarf es einer Ermöglichung von individuellen Lebensentwürfen, die tatsächlich gelebt werden können. Mehr Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten hinsichtlich des Zusammenlebens in Familien oder Paarbeziehungen, im Alltag und im Berufsleben. Unsicherheiten dürfen sich nicht in der Retraditionalisierung von Rollenbildern widerspiegeln, die von antidemokratischen politischen Kräften geschürt werden.



Jonathan Menge

ist Referent im Forum Politik und Gesellschaft der FES für den Bereich Familienpolitik.

jonathan.menge@fes.de



Sarah Vespermann

ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der FES für den Bereich Frauen - Männer - Gender.

sarah.vespermann@fes.de

Brigitte Unger

Bei Kopf gewinne ich, bei Zahl verlierst du

Wie die Finanzmärkte die Ungleichheit befördern

Seit der Liberalisierung der Kapitalmärkte in den 80er Jahren haben Finanzmärkte sich enorm entwickelt. Besonders der Markt für Derivate boomte. Egal wie komplex ein Derivat gestaltet ist, es handelt sich hierbei um Wetten auf zukünftige finanzielle Ereignisse, z.B. darauf, dass der Zinssatz steigen oder sinken wird, dass eine Währung auf- oder abgewertet wird, dass die Nahrungsmittelpreise steigen oder sinken werden.

Es zeichnet sich deutlich ab, dass Finanzmärkte zu stark gewachsen sind, dass ihre Entwicklung einhergeht mit Spekulation in wichtige Lebensbereiche wie Wohnen und Nahrung, dass sie zu einer noch nie dagewesenen Ungleichheit von Einkommen und Vermögen geführt haben und dass sich hierdurch eine Parallelwelt entwickelt hat, in die Kriminelle, korrupte Staatschefs und Steuerhinterzieher gleichermaßen abgetaucht sind.

Während gemäß Lehrbuch Banken die Aufgabe hatten, kurzfristige Ersparnisse der Haushalte in langfristige Kredite für Unternehmen zu transformieren (Fristentransformation), den Sparern ein geringes Anlagerisiko zu ermöglichen und den Unternehmen riskante Investitionen zu finanzieren (Risikentransformation) und der Wirtschaft liquide Mittel zur Verfügung zu stellen (Liquiditätsversorgung), sind sie zu Arrangeuren und Designern von komplexen Finanzkonstruktionen geworden. Die traditionelle Rolle von Banken ist nur noch ein Randgeschäft, denn der Derivatmarkt verspricht viel höhere Gewinne. Er ist ein hoch konzentrierter und unregulierter Markt, der 2014 laut Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ein Volumen von 700 Billionen US-Dollar umfasste. In den USA teilen sich vier große Spieler – JP Morgan (78 Billionen), Goldman Sachs (48 Billionen), Bank of America (53 Billionen) und Citigroup (56 Billionen US Dollar) den Löwenanteil des Marktes. Die Deutsche Bank ist mit 67 Billionen Derivatenbestand 2014 hinter JP Morgan der zweitgrößte Spieler am Weltmarkt. Weitere große globale Akteure sind BNP Paribas in Paris und HSBC Holdings aus Hongkong und Shanghai.

Durch den blühenden Handel mit Derivaten sind Finanzmärkte seit den 80er Jahren enorm gewachsen. Während 1980 das Weltbruttoinlandsprodukt und der globale Bestand an Finanzanlagen gleich hoch waren, liegt das BIP heute bei 71 Billionen und der Finanzanlagenbestand bei 294 Billionen. Während man in den 80er Jahren einen Kredit bei seiner Bank aufgenommen hat, der aus Ersparnissen finanziert wurde, wird heute eine komplexe Finanzierungsstruktur von Finanzierung und Refinanzierung, Fonds, Versicherungsgeschäften geboten, die mehr als viermal so viel Geld verschlingt, wie sie real bringt. Der Ausbau dieser »Finanzdienstleistungen« beschert einer kleinen Gruppe sehr hohe Einkommen. Selbst während der Finanzkrise wurden Millionenboni an Banker bezahlt. Bei massiver Fehlleistung mit »etwas Gutem« – einem »bonus« – belohnt zu werden, widerspricht allen Anreizsystemen der Kindererziehung und der Ökonomen. US-Präsident Barack Obama versuchte, die Boni zumindest für die Top-25-Manager von Banken, die staatliche Subventionen erhalten hatten, auf maximal 500.000 Dollar zu begrenzen. Topmanager der Bank of America erhielten dennoch im Schnitt 6,5 Millionen.

Im Rahmen der Hilfspakete wurden massiv öffentliche Gelder aus dem realen Sektor in den Finanzsektor umgeleitet. Die Rettungsschirme der EU, erst 780 Milliarden Euro, dann nochmals 500 Milliarden Euro, wurden zugesprochen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus in Luxemburg wurde ohne parlamentarische Kontrolle eingerichtet. Deutsche Steuergelder wurden als Rettungsgelder an griechische und spanische Banken statt an die Bevölkerung gezahlt, die damit ihre Schulden an die Deutsche Bank zuückbezahlten. Dadurch fand ein Recycling von deutschen Steuergeldern zum deutschen Bankensektor in Milliardenhöhe statt, während der öffent-

liche Sektor im Sozialbereich »einsparen« musste. Kurzum: Der Finanzsektor verstand es, die Finanzkrise zu seinem weiteren Wachstum zu nutzen und umzufunktionieren.

Wesentliche Lebensbereiche sind bedroht

Spekulationen in den US-Wohnungsmarkt für die Ärmsten (dem *subprime housing market*) waren 2008 Auslöser der Finanzkrise. Spekulationen in den Rohstoffmärkten führten zu so enormen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, dass die Weltbank feststellte, dass dies zur Unterernährung von weiteren 140 Millionen Menschen führte, womit mehr als eine Milliarde Menschen weltweit an Hunger litten. Finanzmärkte gefährdeten damit den Wohnungs- und Ernährungsbereich, also die Grundversorgung der Bevölkerung.

Nach der Finanzkrise, als man eigentlich Regulierung, Bescheidenheit, Demut und ein Kleinbegeben der Finanzmärkte erwartet hatte, zeigte sich, dass ihr Motto »Bei Kopf gewinne ich, bei Zahl verlierst Du« immer noch gilt. Nachdem viele EU-Länder ihre Banken vor dem Ruin massiv gestützt hatten, und die EU massiv Hilfgelder flüssig gemacht hatte, befanden sich viele EU-Länder in Staatsschuldenproblemen. Griechenland, Irland, Portugal etwa mussten starke Kürzungen bei den Wohlfahrtsausgaben vornehmen. Da poppte plötzlich ein neues Finanzgeschäft auf. Spekulation in Staatsanleihen der angeschlagenen Länder. Es begann mit Griechenland. Die Ratingagenturen Launenhaft (Moody's), Iltis (Fitch), und Armseliger Standard (Standard and Poor) senkten die Bonität Griechenlands drastisch. Nun lohnte es sich, billig griechische Staatsanleihen mit hohen Zinsen aufzukaufen, gleichzeitig Kreditausfallsversicherungen zu erwerben und auf die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu zocken. Wenn Griechenland zahlungsunfähig wird, zahlen die Versicherungen aus, wenn es überlebt, gewinnt man durch die hohen Zinsen auf griechische Staatsanleihen. Finanzmärkte konnten nur gewinnen. Die griechische Bevölkerung nur verlieren. Die massiven Lohn- und Rentenkürzungen und die hohe Arbeitslosigkeit in Griechenland waren beispiellos.

Finanzmärkte haben zu einer historisch einmaligen Ungleichheit von Einkommen und Vermögen geführt. Während in der Vergangenheit ein Kaiser ca. 2.000-mal so viel Einkommen wie seine Untertanen hatte, hat ein Hedgefondsmanager heute mehr als 1.000.000-mal mehr als ein Niedrigeinkommensbezieher. Der Hedgefondsmanager John Paulson etwa, der 2007 auf den Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes spekulierte, gewann in diesem Jahr 3,7 Milliarden US-Dollars (mit Kreditausfallsversicherung). 2010 verdiente er 4,9 Milliarden. 2011 verzockte er sich bei Spekulationen in Gold und sein Nettovermögen fiel von 15 auf 11,4 Milliarden US-Dollar 2015. Er könnte damit z.B. ganz allein den Welthunger stoppen. Aber Paulson ist leider kein wohlthätiger Kaiser, sondern Hedgefondsmanager und er verursacht damit ein fundamentales Verteilungsproblem: Er kann seine 11,4 Milliarden US-Dollar nicht in der realen Welt ausgeben, er wäre im Dauerkonsumstress. Er wird das Geld aber auch nicht in Unternehmen investieren, die produzieren. Denn wer könnte denn die Güter und Dienstleistungen kaufen, wenn Paulson das Geld hat, die anderen aber nicht? Die Ungleichverteilung zwischen Finanzmärkten und realer

Güterwelt, zwischen extrem reich und extrem arm verursacht einen Nachfragemangel am Gütermarkt. Die, die kaufen wollen (u.a. die Hungernden, die Wohnungslosen) haben kein Einkommen, und die die Einkommen haben (die Spekulanten), haben so viel, dass sie es nicht mehr ausgeben können. Paulson wird also wohl oder übel sein Geld in weitere Finanzanlagen investieren, wird neue Finanzprodukte erfinden, und wird den spekulativen Irrsinn weitertreiben. Immobilien, Rohstoffe, Staatsschulden, Gold – wir warten schon mit Spannung, was er als nächstes zerstören wird. Immerhin gehört er als Hedgefondsmanager ja zur Königsklasse des Investments, ist also fast schon Kaiser.

Die Parallelwelt der Finanzmärkte

Die jüngst in der Öffentlichkeit aufgetauchten Panama Papers, die Geschäftsaufzeichnungen von Mossack Fonseca, einer juristischen Beratungsfirma in Panama, enthüllten, dass Finanzmärkte Möglichkeiten von Offshore-Anlagen bieten, die jenseits des Legalen liegen. Korrupte politische Führer, korrupte Fußballmanager, Mafiosi, Steuerhinterzieher usw. konnten – meist auf Anraten ihrer Hausbanken – in Panama Briefkastenfirmen eröffnen, die es ihnen ermöglichten, Geld am Fiskus vorbei im Ausland anzulegen. Die enormen Summen und die Vielfalt der Kunden, die aus allen Teilen der Erde allein in dieser einen Firma abgehandelt wurden, zeigen, dass sich hier eine Parallelwelt gebildet hat. Einerseits die reale Welt mit einer arbeitenden Bevölkerung, deren Steuer vom Lohn direkt abgezogen wird, sowie Unternehmen, die Güter produzieren wollen. Andererseits die Welt der Drogenhändler, Waffenhändler, korrupten Staatsmänner, Mafiosi und dubiosen Finanzjongleure, die ihre Gelder steuerfrei und ohne Überprüfung der Herkunft in Panama veranlagt haben. Eine beängstigende Mischung aus Kriminalität und Elite. Auch hier haben Banken mit Rat und Tat ihren vielschichtigen Kunden zur Seite gestanden. Fast alle deutsche Banken waren laut Berichten der Süddeutschen Zeitung involviert.

Was ist zu tun?

Schon Aristoteles und Plato plädierten für eine Begrenzung von Vermögensunterschieden. Reiche sollten nicht mehr als vier- oder fünfmal so viel besitzen wie Arme, so die beiden Philosophen. Denn wenn die Armen zu arm werden, müssen sie stehlen. Und wenn die Reichen zu reich werden, werden sie dekadent, schamlos und gierig. Aristoteles schlug zur Vermögenskorrektur vor, dass Reiche Arme heiraten und die Reichen die Mitgift mitbringen müssen.

In modernen Zeiten können wir uns des Steuersystems und staatlicher Regulierung bedienen, um Ungleichheit zu verringern. Und wir sollten beim Finanzmarkt beginnen. Wollen wir unser Geld sicher in die Zukunft bringen ohne dass es durch Banken verzockt oder durch Hyperinflation aufgefressen wird? Dafür brauchen wir Banken, die Kredite vergeben und Ersparnisse von Sparern sicher anlegen, die also das traditionelle Bankgeschäft seriös ausführen. Wir brauchen wieder Bankiers und keine Banker. Um Spekulation zu verringern sollte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Die seit der Finanzkrise jahrelang anhaltende Debatte um diese sogenannte Tobinsteuer, in der letztendlich Derivate ausgenommen wurden, ist pein-

lich. Spekulation in Rohstoffe und Grundnahrungsmittel muss verboten werden. Derivate sollten abgeschafft werden. Die ursprüngliche Idee, mit Geschäft und Gegengeschäft Wechselkurs- und Zinsrisiken von Unternehmungen abzuwehren ist längst der Spekulation gewichen. Derivate sind Wetten, die verboten werden sollten. Die Gehälter von Bankmanagern sollten an normale Löhne angeglichen werden. Es ist nicht einsichtig, warum Finanzdienstleistungen so viel mehr wert sein sollen, als reale Dienstleistungen wie die eines Lehrers oder einer Krankenpflegerin. Grundsätzliche Regulierungen der Finanzmärkte sind notwendig, sodass wir in einer Bank für Gemeinwohl mit unseren Ersparnissen Investitionen in Wohlfahrt und Fairness finanzieren können. Dies erfordert aber umfassende Reformen und eine politische Neuorientierung.



Brigitte Unger

ist Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Utrecht und seit 2016 Mitglied des deutschen Wissenschaftsrats. Sie forscht zu Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Verteilungsfragen.

b.unger@uu.nl

Matthias Machnig/Oliver Schmolke

Verteilung der Zukunft

Die nüchterne Bestandsaufnahme lautet: Die Löhne, Einkommen, Vermögen sowie Bildungs- und Aufstiegschancen in Deutschland sind in einem solchem Maße ungleich verteilt, dass nun auch Ökonomen davor warnen, Ungleichheit dürfe nicht weiter die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährden.

DIW-Präsident Marcel Fratzscher wagt die These, dass die soziale Marktwirtschaft in Deutschland nicht mehr existiert und weist zum Beispiel nach, dass die unteren 50 % der Löhne seit dem Jahr 2000 real nicht gestiegen sind und die deutschen Reallöhne heute durchschnittlich unter dem Niveau von 1990 liegen, obwohl seither die Wirtschaftsleistung pro Kopf um mehr als 25 % gestiegen ist und die hohen Einkommen deutlich zugelegt haben.

Auch die Vermögensungleichheit ist in Deutschland größer als in allen anderen Ländern der Eurozone. Fast nirgendwo in Europa konzentriert sich auf die reichsten 10 % ein größeres Vermögensvolumen, nämlich zwei Drittel, während gleichzeitig 40 % der Bevölkerung gar nichts besitzen und damit noch schlechter dastehen als die Vergleichsgruppe in den USA. Und wer arm ist, bleibt viel zu oft arm, denn das deutsche Bildungssystem ist nicht durchlässig genug: Knapp 60 % der 25- bis 64-Jährigen besitzen den gleichen Bildungsgrad wie ihre Eltern. Angesichts dessen ist klar, dass die Verteilungsfrage neu gestellt werden muss.

Verteilung ist nicht einfach ein statistische Größe. Das Maß an gerechter Verteilung entscheidet über individuelle Chancen, Schicksale und Lebenswege, darüber, ob jemand selbstbestimmt und frei leben, an der Gesellschaft teilhaben und sich in die